

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **12.09.2018**, 17:17 Uhr - 19:01 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Astrid Bühl, Gaby Comos-Aldejohann, Richard-Michael Halberstadt, Jens Christian Heinemann,
Dieter Kemmerling, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder,

von der SPD-Fraktion:

Doris Feldmann, Elke Haves, Thomas Kollmann, Ursula Loroch, Anne Schulze Wintzler,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Otto Reiners (bis 19:00 Uhr), Sylvia Rietenberg, Udo Schröder-Hörster, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld,

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz,

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Siegfried Köhl,

Sachkundige Einwohner/innen:

Yildirim Eroglu, Margareta Seiling, Gudrun Sturm, Arnold Voskamp, Elisabeth Wibben,

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Elisabeth König, Christine
Menke, Florian Meyer, Andrea Reckfort, Doris Rüter, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Simone Will-
nath,

für die Schriftführung:

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Christoph Kattentidt, Otmar Knüvener, Ulrich Schülbe, Meik Tafelski, Maria Winkel, Peter Wolfgarten,

Gäste:

Dr. Ömer Lütfü Yavuz, Vorsitzender des Integrationsrates

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 12.09.2018

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|--------------------------|--|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. Eingänge |
| | 3.2. Mitteilungen |
| | 4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0515/2018</u>
VI | 5. "Global Nachhaltige Kommune in NRW (GNK)" - Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 - Teil 2: "Operative Ziele" |
| <u>V/0588/2018</u>
IV | 6. Erweiterung des Kommunalen Integrationszentrums Münster |
| <u>V/0609/2018</u>
IV | 7. Integrationsmonitoring 2017 |
| <u>V/0591/2018</u>
IV | 8. Verlängerung des Projektes "Kommunale Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte - Sport, Sprache, Integration" |

- | | | |
|-------------------------|-----|---|
| <u>V/0664/2018</u>
V | 9. | Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0027/2017 "Kommunale Eingliederungsleistungen bündeln und optimieren" |
| <u>V/0673/2018</u>
V | 10. | Basisinformationen Jobcenter |
| <u>V/0625/2018</u>
V | 11. | Verbindlicher kommunaler Pflegebedarfsplan für Münster 2018 - 2021 |
| <u>V/0697/2018</u>
V | 12. | Richtlinien für die Förderung von Aktivitäten und Projekten im Bereich "Inklusion - Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in Münster stärken" |
| <u>V/0713/2018</u>
V | 13. | Entsperrung der Sachkosten im Rahmen der stadtteilorientierten sozialen Arbeit |
| <u>V/0696/2018</u>
V | 14. | Dauer der Tätigkeit als Ombudsperson sowie die Wiederbesetzung der Ombudsstelle |
| | 15. | Verschiedenes |

Herr Kollmann eröffnete um 17:17 die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest. Er begrüßte als Gäste den Vorsitzenden des Integrationsrates, Dr. Ömer Lütfü Yavuz sowie die Pressevertreterin.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Herr Reiners beantragte, die unter Punkt 5 der Tagesordnung aufgeführte Vorlage V/0515/2018 "Global Nachhaltige Kommune in NRW (GNK)" - Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 - Teil 2: "Operative Ziele" von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Scholz beantragte, die unter Punkt 14 der Tagesordnung (Nachtrag) aufgeführte Vorlage V/0696/2018 „Dauer der Tätigkeit als Ombudsperson sowie die Wiederbesetzung der Ombudsstelle“ ohne Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss zu schieben.

Widerspruch gegen diese Vorschläge wurde nicht erhoben.

Weitere Änderungswünsche wurden nicht geäußert.

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****Punkt 3.1 der Tagesordnung****Eingänge**

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung**Mitteilungen****Herr Kollmann**

- 3.2.1 wies darauf hin, dass wegen der Vorverlegung der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates mit den beiden geplanten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 31.10.2018 und 22.11.2018 dieselbe Beratungskette im Dezember erreicht werde. Es werde daher überlegt, ob die Sitzung am 31.10.2018 entbehrlich sei.

Frau Arnkens-Homann erklärte, dass die Verwaltung offen sei für beide Optionen.

Herr Reiners erklärte sein Einverständnis zu einem Ausfall der Sitzung am 31.10.2018.

Herr Kollmann bat angesichts der Vielzahl der Mitteilungen darum, nur die wesentlichen Inhalte vorzutragen und die Mitteilungen in ausführlicher Form der Niederschrift beizufügen.

Frau Arnkens-Homann berichtete über

- 3.2.2 die Ausschreibung der Betriebsträgerschaften für die Flüchtlingseinrichtungen in Roxel und Nienberge. Der ausführliche Bericht ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 1**.
- 3.2.3 den Stand der Umsetzung des neuen Konzeptes für die Betreuung von Menschen in städtischen Wohnungsloseneinrichtungen. Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder. Der Bericht ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 2**.
- 3.2.4 die EU-Zuwanderung ohne Leistungsansprüche nach dem SGB II und schlug vor, zur Erörterung von Handlungsalternativen zeitnah den interfraktionellen Arbeitskreis Wohnungslosigkeit einzuladen. Herr Kollmann und Herr Halberstadt erklärten sich einverstanden. Frau Arnkens-Homann sagte zu, einen Termin abzustimmen. Der Bericht ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 3**.
- 3.2.5 die altengerechte, inklusive Quartiersentwicklung Hiltrup-Ost. Der Bericht ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 4**.
- 3.2.6 den Bearbeitungsstand des Ratsantrags der SPD-Fraktion A-R/0001/2017: Gievenbeck in den Fokus nehmen. Herr Kollmann merkte an, dass angesichts der wachsenden Stadt und der damit verbundenen steigenden Anforderungen eine umfangreichere personelle Ausstattung der Sozialplanung des Sozialamtes überlegt werden müsse.
Der Bericht ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 5**.
- 3.2.7 das zum 01.05.2018 gestartete Projekt „Einwanderung gestalten NRW“ und wies darauf hin, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung ein Bericht vorgelegt werde.

Frau Arnkens-Homann

3.2.8 wies auf die nachfolgenden Unterlagen hin, die die Mitglieder vorab per mail erhalten hatten. Die Unterlagen sind der Niederschrift beigefügt.

- Daten zur Flüchtlingssituation – **Anlage 6**
- Richtlinien für die Bezuschussung von Begegnungsstätten der Altenhilfe – **Anlage 7**
- Controllingbericht des Sozialamtes Januar – Juni 2018 – **Anlage 8**

Herr Dr. Schulze Kalthoff

3.2.9 erläuterte die aktuellen Zahlen zur Säuglingssterblichkeit in Münster. Die Erläuterung ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 9**.

Herr Bierstedt berichtete über

3.2.10 die Zusammenarbeit des Jobcenters mit der „Allgemeinen Sozialberatung“ der Caritas. Der Bericht ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 10**.

3.2.11 die endgültige Mittelzuteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Der Bericht ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 11**.

3.2.12 den Stand des Teilhabechancengesetzes (10. SGB II Änderungsgesetz). Der Bericht ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 12**.

Punkt 4 der Tagesordnung **Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Soweit Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses zu einzelnen Punkten der Tagesordnung vorlagen, sind sie unter dem jeweiligen Punkt der Tagesordnung aufgeführt.

Sonstige Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses lagen nicht vor.

Punkt 5 der Tagesordnung **"Global Nachhaltige Kommune in NRW (GNK)" - V/0515/2018 Nachhaltigkeitsstrategie Münster 2030 - Teil 2: "Operative Ziele"**

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Punkt 2 der Tagesordnung).

Punkt 6 der Tagesordnung **Erweiterung des Kommunalen Integrationszentrums Münster**

Frau Reckfort stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, durch das Kommunale Integrationszentrum beim Land Nordrhein-Westfalen die Förderung für zwei zusätzliche Vollzeit-Personalstellen zu beantragen.
2. Unter der Bedingung einer erfolgreichen Antragstellung werden im Kommunalen Integrationszentrum (Teilergebnisplan PG 0116) zwei zusätzliche Stellen (Sachbearbeiter/-in Verwaltung, Verwaltungsfachkraft, sozialpädagogische/sozialwissenschaftliche Fachkraft - EGr. 09b bzw. S 12 *) eingerichtet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, durch das Kommunale Integrationszentrum beim Land Nordrhein-Westfalen die Abordnung einer zusätzlichen Lehrkraft zu veranlassen.

*Die endgültige Eingruppierung erfolgt durch die Stellenbewertung anhand der Stellenbeschreibung.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations- und Integrationsmanagement			
		Erträge			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2019 ff.	150.000,00	Personal- und Sachkostenzuschuss des Landes
		Aufwendungen			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2019 ff.	123.600,00	1 Stelle EGr. 09b + 1 Stelle S 12
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2019 ff.	50.000,00	für den Sprachmittler/innenpool
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2019 ff.	19.400,00	Arbeitsplatzkosten
Summe der Aufwendungen			2019 ff.	193.000,00	
Saldo: Erträge - Aufwendungen			2019 ff.	- 43.000,00	

Ergänzende Hinweise:

1. Im Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW wurde zur Erweiterung der Kommunalen Integrationszentren (KI'en) der Umfang der Regelfinanzierung geändert. Für zwei zusätzliche Vollzeitstellen des kommunalen Dienstes im KI Münster gewährt das Land NRW eine unbefristete Zuwendung für Personal- und Sachkosten in Höhe von 100.000 Euro (50.000 Euro je Stelle). Die beiden Vollzeitstellen sollen zum 01.01.2019 eingerichtet werden. Nach den Förderrichtlinien des Landes NRW sind nur die tatsächlichen Personalausgaben förderfähig. Da nach bisheriger Erfahrung die Stellen mit Berufseinsteigerinnen und -einstiegern besetzt werden, liegen die Personalausgaben zum Beschäftigungsbeginn in der Regel unterhalb der Fördergrenze und werden somit von den Landeszuwendungen gedeckt.

Für die Kalkulation in dieser Vorlage wurden den verwaltungsinternen Vorgaben entsprechend die durchschnittlichen Personalkosten der Stadt Münster angesetzt, die den Förderrahmen um 23.600 Euro überschreiten und im fiktiven Saldo berücksichtigt wurden.

Ebenso wurden als Arbeitsplatzkosten die vollen von der KGSt ermittelten Standard-Pauschalen in Höhe von 9.700 Euro je Arbeitsplatz angesetzt. Tatsächlich trägt das KI die Geschäfts- und Telekommunikationskosten aus dem vorhandenen Budget, so dass lediglich neue Aufwendungen in Höhe von 8.065 € je Arbeitsplatz entstehen.

Die zusätzlichen Erträge und Aufwendungen für die zwei Vollzeitstellen sind im Haushaltsplanentwurf 2019 nicht veranschlagt. Die notwendigen Finanzierungsbedarfe werden durch Veränderungsblätter im Rahmen der Etatberatungen für den Haushalt 2019 eingebracht.

2. Zusätzlich erhält das KI eine Sachausgabenpauschale in Höhe von 50.000 Euro für die Einrichtung eines niedrigschwelligen Sprachmittlerinnen- und Sprachmittlerpools. Dieser soll mit einer der neuen Fachkräfte-Stellen umgesetzt werden. Die Pauschale kann nur für Kosten im Zusammenhang mit dem Pool in Anspruch genommen werden. Auch kann sie nicht an Dritte weitergeleitet werden.
3. Eine unbesetzte Lehrerstelle wird im Rahmen einer Abordnung durch das Land besetzt und verursacht keine Personalkosten.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0609/2018**

Integrationsmonitoring 2017

Frau Reckfort stellte den Bericht vor und wies darauf hin, dass in der Tabelle 17 auf Seite 32 versehentlich eine Personengruppe nicht berücksichtigt worden sei.

Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Fraktionen lobten den Bericht, machten aber auch Verbesserungs- und Erweiterungsvorschläge.

Herr Eroglu wies auf die nur marginale Steigerung der Beschäftigtenzahl mit Migrationsvorgeschichte bei der Stadtverwaltung Münster in den letzten Jahren hin.

Frau Reckfort beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0591/2018**

Verlängerung des Projektes "Kommunale Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte - Sport, Sprache, Integration"

Frau Feldmann brachte einen Antrag der SPD-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 13**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Frau König und Frau Willnath beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die dort für das Förderprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ avisierte Projektverlängerung um weitere zwei Jahre zu beantragen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der Projektverlängerung die Weiterführung der Aufgaben im Sinne der BMBF-Förderrichtlinien (Transparenzschaffung, Vernetzung, Koordinierung, Beratung) zu verfolgen, und insbesondere den nachhaltigen Transfer in die operative Ebene unter Beteiligung der Neuzugewanderten und relevanter Akteurinnen und Akteure zu unterstützen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Für die Maßnahmen entstehen folgende Erträge und Aufwendungen im Teilergebnisplan:

Produktgruppe 0301 – Leistungen für Schulen					
Pos.	Nr.	Bezeichnung	Bedarf 2019	Bedarf 2020	Bedarf 2021
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	123.030,00 €	172.960,00 €	42.470,00 €
Erträge gesamt			123.030,00 €	172.960,00 €	42.470,00 €
Zeile	11	Personalaufwendungen	117.780,00 €	165.960,00 €	40.720,00 €
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.250,00 €	7.000,00 €	1.750,00 €
Aufwand gesamt			123.030,00 €	172.960,00 €	42.470,00 €
Saldo			0,00 €	0,00 €	0,00 €

Bisher sind keine Mittel für die Verlängerung der Maßnahme im Etatentwurf 2019 enthalten. Sie werden über Veränderungsblätter in die Etatberatungen 2019 eingebracht.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass es sich bei dem Vorhaben um eine 100 %-Finanzierung des Bundes handelt, sodass keine zusätzlichen kommunalen Aufwendungen entstehen.

Nicht separat aufgeführt und auch nicht förderfähig sind die pauschal nach KGSt zu berücksichtigenden Arbeitsplatzkosten (Raum inklusive Büroarbeitsplatz) sowie Kosten für die administrative Begleitung des Projektes durch das Amt für Schule und Weiterbildung.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0664/2018**

**Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0027/2017 "Kommunale
Eingliederungsleistungen bündeln und optimieren"**

Frau Rietenberg brachte eine gemeinsame Protokollnotiz der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein. Die Protokollnotiz ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 14**.

Herr Bierstedt beantwortet Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Die in der Begründung unter Ziffer 1 dargestellten Maßnahmen zur Optimierung und Bündelung der kommunalen § 16a SGB II Eingliederungsleistungen werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem Modellvorhaben zur inhaltlichen Verzahnung der § 16a SGB II Leistungen wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt über das Ergebnis des Modellvorhabens zu berichten.
3. Der sozialräumlichen und der vertieften inhaltlichen Zusammenarbeit zwischen dem Jobcenter der Stadt Münster und Leistungserbringern der § 16 a SGB II Leistungen wird zugestimmt.
4. Mit der Beschlussfassung zu dieser Vorlage ist der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr A-R/0027/2017 erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Eine Finanzierung aus Bundesmitteln ist bei den kommunalen Eingliederungsleistungen ausgeschlossen. Ein durch die beabsichtigte Weiterentwicklung der Schuldner- und Suchtberatung ggf. entstehender Mehrbedarf ist in den durch die Ämter 50 und 53 mit den freien Trägern zu schließenden Leistungsvereinbarungen zu berücksichtigen.

Dadurch eventuell entstehende Kosten werden zu den Haushaltsberatungen 2019 angemeldet.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0673/2018**

Basisinformationen Jobcenter

Frau Lichtenstein-van Lengerich sprach dem Jobcenter ein Lob für die erreichten Zielwerte aus.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0625/2018**

**Verbindlicher kommunaler Pflegebedarfsplan für
Münster 2018 - 2021**

Frau Menke stellte den Pflegebedarfsplan vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Herr Wölter regte an, auch Wohngemeinschaften aufzuführen, die von Initiativen geführt werden.

Herr Kollmann regte an, die Anzahl der Pflegeplätze auch stadtteilbezogen gesamt und im Verhältnis zur Bevölkerungszahl aufzuführen.

Frau Loroch regte an, die Träger anzugeben und zwar unterschieden nach privaten und kommerziellen Trägern.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den verbindlichen kommunalen Pflegebedarfsplan 2018 – 2021 für Münster (Anlage) zur Kenntnis.
2. Der Rat stimmt zu, dass wie im Pflegebedarfsplan festgestellt kein Bedarf an neuen vollstationären Plätzen der Dauerpflege für die Jahre 2018 – 2021 in Münster (gesamt) besteht. Es werden keine Bedarfsbestätigungen für zusätzliche vollstationäre Dauerpflegeplätze in Einrichtungen in Münster erteilt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Angebotsformen wie Wohn- und Hausgemeinschaften und Quartiersangebote zur Sicherung einer umfassenden Pflege zu unterstützen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

keine

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0697/2018**

Richtlinien für die Förderung von Aktivitäten und Projekten im Bereich "Inklusion - Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in Münster stärken"

Frau Rüter stellte die Vorlage vor.

Herr Wölter brachte einen Korrekturvorschlag ein, der als redaktioneller Hinweis zur Vorlage in die Niederschrift aufgenommen werden soll. Der Korrekturvorschlag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 15**.

Frau Stadträtin Wilkens, Frau Arnkens-Homann und Frau Rüter beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Änderungen einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Die Richtlinien für die Vergabe von Zuschüssen zur Förderung von Aktivitäten und Projekten im Bereich „Inklusion – Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in Münster stärken“ (Anlage 1) werden mit Wirkung ab 20.09.2018 beschlossen.
2. 2018 können Projekte unabhängig von Antragsfristen gefördert werden.
3. Die Zuständigkeitsordnung der Stadt Münster wird unter Ziffer 8.2 – Entscheidungszuständigkeiten des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung - um den Punkt „Zuschüsse nach den Richtlinien für die Förderung von Aktivitäten und Projekten im Bereich „Inklusion – Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in Münster stärken“ ergänzt.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Haupt- und Finanzausschuss – nach Vorberatung in der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) und im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung – bis Mitte 2021 einen Erfahrungsbericht über die Mittelverwendung vorzulegen.

II. Finanzielle Auswirkungen: II. Finanzielle Auswirkungen:

Im Rahmen der Beratungen zum Etat 2018 ist der Rat dem Antrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD gefolgt und hat für 2018 und die Folgejahre jeweils 20.000 € für die Förderung von Projekten im Bereich „Inklusion – Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in Münster stärken“ bereitgestellt.

Durch den Beschluss dieser Richtlinien entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2018 ff.	20.000	

Punkt 13 der Tagesordnung V/0713/2018

Entsperrung der Sachkosten im Rahmen der stadtteilorientierten sozialen Arbeit

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss ohne Aussprache einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Der Sperrvermerk für den im Haushalt 2018 vorgesehenen Teilzuschuss für Sachkosten zur Finanzierung von Aktivitäten und Projekten im Rahmen der stadtteilorientierten sozialen Arbeit der Wohlfahrtsverbände wird teilweise aufgehoben; freigegeben werden 25.623 €. Für die Folgejahre wird der Sperrvermerk in voller Höhe aufgehoben. Den in der Begründung dargestellten Empfehlungen der Verwaltung zum Einsatz der Mittel in den Jahren 2018 bis 2020 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Einsatz der Sachkostenzuschüsse im Aufgabenzusammenhang der stadtteilorientierten sozialen Arbeit unter den Gesichtspunkten der Erforderlichkeit des Mittelbedarfs und der zweckentsprechenden Mittelverwendung im Einzelfall sowie des Bewirtschaftungsaufwands und der Effekte des Mitteleinsatzes gemeinsam mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege systematisch zu beobachten und zu dokumentieren. Über die Ergebnisse wird die Verwaltung dem Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung im 2. Halbjahr 2020 berichten.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Mittel stehen im Haushaltsplan 2018 wie folgt zur Verfügung:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe	2018	560.660	Stadteilorientierte soz. Arbeit; davon Sachkosten für Aktivitäten u. Projekte: 76.863,45 bis 82.752,88 € p. a.
			2019	575.176	
Zeile	15	Transferaufwendungen	2020	590.122	
			2021	605.449	

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0696/2018**

**Dauer der Tätigkeit als Ombudsperson sowie die
Wiederbesetzung der Ombudsstelle**

Die Vorlage wurde auf Antrag von Herrn Scholz ohne Beschlussfassung in den Haupt- und Finanzausschuss geschoben (s. Punkt 2 der Tagesordnung). Herr Scholz begründete seinen Antrag an dieser Stelle.

Punkt 15 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung